Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14341**

19. Wahlperiode 22.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Digitalisierung des Planens und Bauens

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Deutschland wird mehr Wohnraum benötigt. Dieser Wohnraum muss für Geringverdiener und die breite Mittelschicht bezahlbar sein. Der Neubau von Wohnimmobilien ist dazu das wichtigste Instrument. Er ist jedoch auch mit hohen Kosten und Risiken verbunden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Herstellungskosten in absehbarer Zeit sinken. Soll dennoch günstig, schnell und effizient gebaut werden, müssen im Wohnungsbau aber auch im Hochbau insgesamt die Reserven gehoben werden, die sich in der Prozesskette Planen, Bauen und Nutzen verbergen. Hier hilft uns die Digitalisierung. Dies gilt auch für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Ausbau und notwendige Sanierungen der Verkehrswege müssen im Zeitalter der Digitalisierung mit modernen digitalen Instrumenten des Planens und Bauens beschleunigt auf den Weg gebracht werden.

Die Digitalisierung wird einen wichtigen Beitrag für die Effizienzsteigerung im Bauwesen leisten. Einen großen Mehrwert bieten hier die medienbruchfreie Weitergabe und Nutzung von Daten. Die für die Digitalisierung notwendige gemeinschaftliche und kooperative Zusammenarbeit erfordert einen intensiven digitalen Informationsaustausch. Es zeigt sich aber, dass in den Bereichen der Standardisierung, Normung, Best Practice, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Informationsbereitstellung sowohl auf Auftraggeber- wie Auftragnehmerseite noch ein erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Im Zentrum des digitalen Transformationsprozesses der Wertschöpfungskette Bau steht die Etablierung des Building Information Modeling – kurz BIM. BIM beinhaltet die Digitalisierung des Planens, Bauens und Nutzens von Bauwerken. Ziel der Methode BIM ist es, dass in der Planung, in der Ausführung und später bei der Bewirtschaftung leichter mit allen Beteiligten kommuniziert wird. Damit kann ein kompletter Lebenszyklus eines Bauwerks ab dem Spatenstich erst virtuell vom Bau bis zur Nutzung simuliert werden. So kann der Ressourceneinsatz optimiert und die Risiken von Kosten- und Terminüberschreitungen minimiert werden. Auch für das Thema Nachhaltigkeit ist eine solche Simulation von hohem Wert. Bei Infrastrukturprojekten im Verkehrsbereich ermöglicht BIM transparentere und umfassendere Informationen und Beteiligungen für Bürgerinnen und Bürger und sorgt damit für mehr Akzeptanz. Die Deutsche Bahn hat das BIM bereits erfolgreich getestet und plant für neue Projekte standardisiert mit BIM.

Die Vorteile von BIM wird man noch deutlicher spüren, wenn Synergieeffekte mit anderen Entwicklungen der Branche eintreten. Auf Seite der Öffentlichen Hand gehören dazu in jedem Fall digitale Bauleitplanung und Baugenehmigungsprozesse. Vor allem der zeitliche Aufwand kann reduziert werden – für die bearbeitenden Behörden wie für die Bauherren. Gleiches gilt für das serielle und modulare Bauen mit vorgefertigten Bauelementen. Es bietet die Möglichkeit, schnell, kostengünstig und trotzdem qualitativ hochwertig aber auch architektonisch ansprechend zu bauen. Wenn das Ganze zusätzlich auf digitalen Methoden aufsetzt, könnten die Effekte verstärkt werden. Diese werden auch angesichts der quantitativen Herausforderungen im Wohnungsbau benötigt. Weiterhin fordert die Bauwirtschaft von der Bundesregierung ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen für den gesamten Baubereich, für Hochbau und Infrastruktur, bei der Einführung von digitalen Methoden. Dies ist umso wichtiger, weil die deutsche Bauwirtschaft aus vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht, die es bei der digitalen Transformation zu unterstützen gilt.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam ein nationales BIM-Kompetenzzentrum aufbauen. Primäres Ziel des Kompetenzzentrums ist es, abgestimmte und einheitliche Vorgaben für den Hoch- und Infrastrukturbau im Bundesbau zu erstellen. Weitere Arbeitspunkte sind in den Bereichen der Beratung, Schulung und Normung. Die vom Kompetenzzentrum erarbeiteten Standards und Produkte sollen der gesamten Wertschöpfungskette Bau zur Verfügung gestellt werden. Mit der Verwendung der Standards und Produkte wird der Abstimmungsbedarf zwischen den Projektbeteiligten für die Anwendung digitaler Methoden erheblich reduziert. Auf diese Weise wird besonders für die für Deutschland typischen mittleren und kleinen Planungsbüros und Unternehmen eine wirkungsvolle Unterstützung im digitalen Transformationsprozess erreicht;
- dass die Bundesregierung auf offene und herstellerneutrale Standards für den Datenaustausch setzt. Sie ermöglichen den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Planungsbüros eine Teilhabe an der Digitalisierung. Für junge und innovative Unternehmen bieten offene und herstellerneutrale Standards die Möglichkeit, Produkte unabhängig zu entwickeln und anzubieten. So finden neue gute Lösungen einen schnellen Zugang zum Markt;
- dass im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes das digitale Baugenehmigungsverfahren in den Vordergrund gestellt wird. Gemeinsam mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Baden-Württemberg, interessierten Kommunen und der Leitstelle XPlanung/XBau in Hamburg sowie Nutzervertretern bringt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat den Prozess voran. Für den Bauherren bedeutet ein durchgängig digitales Baugenehmigungsverfahren Zeit- und Kostenersparnisse; für die bearbeitende Behörde perspektivisch eine höhere Effizienz im Personaleinsatz;
- dass die Bundesregierung gemeinsam mit zentralen Verbänden und Kammern der Planer, der Bauwirtschaft und Bausoftwarebranche mit dem Branchendialog Digitaler Hochbau ein regelmäßiges Format eingerichtet hat;
- dass die Bundesregierung die Methode BIM mit Pilot- und Wirkbetriebvorhaben vorantreibt. Im Bundeshochbau werden bereits seit einiger

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zeit einzelne Pilotprojekte durchgeführt. Derzeit z.B. der Neubau für die Deutsche Botschaft in Wien und der Erweiterungsbau für das Bundesamt für Strahlenschutz in Berlin. Diese werden von wissenschaftlicher Seite betreut und ausgewertet. Über diese Pilotvorhaben hinaus wird BIM in Teilen oder auch ganzheitlich in zunehmender Zahl bei größeren Bundeshochbauvorhaben eingesetzt. Bei allen zivilen Bundeshochbauvorhaben mit einem Ausgabevolumen ab 5 Mio. Euro ist eine Prüfung der BIM-Geeignetheit vorzunehmen;

- dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat über die Innovationsprogramm Zukunft *Bau* aktiv am wissenschaftlichen Prozess beteiligt ist. Aktuell wurde ein wissenschaftlicher BIM-Dialog initiiert. Gemeinsam mit einer breit aufgestellten Gruppe von Vertretern aus der deutschen Hochschulforschungslandschaft soll der Bestand an Forschungsarbeiten im Bereich Digitalisierung systematisch ermittelt und Lücken insbesondere bzgl. erforderlicher Standards zügig geschlossen werden.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auf:

- die dauerhafte Tätigkeit des BIM-Kompetenzzentrums zu gewährleisten. Die vom nationalen BIM-Kompetenzzentrum zur Verfügung gestellten Produkte, wie zum Beispiel das BIM-Portal und Dienstleistungen (u. a. Beratung, Weiterentwicklung von Standards) müssen für die Durchführung von Baumaßnahmen auch nach dem Abschluss der ersten Phase dauerhaft für den Bundesbau und die gesamte Wertschöpfungskette Bau verfügbar sein. Eine Anbindung an die Baubehörden des Bundes wie z. B. das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung sollte geprüft werden. Weiterhin ist eine Beteiligung aller mit BIM befassten Ressorts am nationalen BIM-Kompetenzzentrum anzustreben. Inhaltlich sollte das BIM-Kompetenzzentrum darauf ausgelegt werden, dass es der hohen Fragmentierung der deutschen Bauwirtschaft gerecht wird und seine Unterstützungsleistungen von den vielen am Bau beteiligten kleinen und mittelständischen Unternehmen in Anspruch genommen werden kann;
- sich beim digitalen Transformationsprozesses der Wertschöpfungskette Bau noch intensiver abzustimmen und die Ressourcen zur Etablierung von BIM zu bündeln – vor allem die besonders betroffenen Ressorts: das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie;
- sich bei der Normung - vor allem auf europäischer und internationaler Ebene – mehr zu engagieren. Es bedarf einer die Wertschöpfungskette Bau unterstützenden Normungsstrategie. Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Normung bei der Wirtschaft. Jedoch sieht diese sich nicht in der Lage, alle notwendigen Gremien in der Normung ausreichend personell zu besetzen. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen und Planungsbüros sind kaum in der Lage die personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die Unternehmen ist es wirtschaftlich kaum möglich, ihre Fachleute für die erforderliche Zeit freizustellen. Bund und Länder sollen Normungsgremien identifizieren und mit Vertretern des öffentlichen Bauwesens besetzen. Für erfolgreiche Normungsaktivitäten im Sinne der deutschen Bauwirtschaft bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit, eines abgestimmten Vorgehens und einer Bündelung der Ressourcen der besonders betroffenen Ressorts;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- zu prüfen, inwiefern BIM gemeinsam mit dem seriellen und modularen Bauen für den geplanten öffentlichen Mitarbeiterwohnungsbau geeignet ist. Aufgrund des hohen Bedarfs an bezahlbaren Wohnungen auch für ihre Bediensteten, insbesondere für Sicherheitskräfte (z.B. Bundespolizei und Zoll), beabsichtigt die Bundesregierung über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Wohnungen im Rahmen der Wohnungsfürsorge selbst neu zu bauen.;gemeinsam mit den Ländern und Kommunen zügig die konsequente Digitalisierung planungsrechtlicher und bauaufsichtlicher Verfahren voranzutreiben. Große Synergieeffekte können erst eintreten, wenn sowohl die Bauwirtschaft wie auch die Verwaltung digitalisiert arbeiten. Ziel sollte ein medienbruchfreies offenes digitales System sein, das von der Planrechtsetzung über die Planung, den digitalen Bauantrag, das Erstellen von Bauwerken bis hin zum Betrieb reicht;
- Hilfestellung bei der Einführung des Standards XPlanung in allen Kommunen für die Bauleitplanung zu leisten. Dies erleichtert auch den interkommunalen Datenaustausch sowohl in der vorbereitenden als auch der verbindlichen Bauleitplanung;
- dass die Ergebnisse des Digitalisierungslabors und des Standard XBau allen Ländern und Kommunen für die weitere Umsetzung kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die breite Einführung und konsequente Weiterentwicklung zu BIM-fähig Lösungen muss vorangetrieben werden. Der Bund soll hier die für die Umsetzung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens verantwortlichen Ländern und Kommunen unterstützten. Das Ziel muss sein, allen Beteiligten komplett digitale Bauunterlagen für die Lebensdauer des Gebäudes zur Verfügung zu stellen;
- mehr BIM-Pilotprojekte auf den Weg zu bringen. Dafür sollte eine BIM-Strategie für den gesamten Bundeshochbau aufgestellt werden. Sie bildet die Basis für eine praxisgerechte Einführung einer BIM-Pflicht für Vorhaben mit einem Ausgabevolumen ab 5 Mio. Euro. Unter dieser Schwelle sollte eine Prüfung der BIM-Geeignetheit stattfinden. Mit der Durchführung von Pilotprojekten werden wichtige Erkenntnisse über die Einführung und Anwendung digitaler Methoden erlangt. Gleichzeitig haben sie eine Breitenwirkung auf die gesamte Branche;
- Darauf hinzuwirken, dass sich der Prozess der Digitalisierung auch in der Ausbildung an den Hoch- und Berufsschulen anwendungsorientiert abbildet.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion
Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.